

Zwischen Sichtbarkeit und Anonymität

Protest, Bewegung und digitale Kultur

Digitale Öffentlichkeiten entwickeln sich hochdynamisch, sind ambivalent und herausfordernd. Trotz zunehmender Machtkonzentration, Regulation und Überwachung entwickeln sich in ihnen fortwährend neue Formen von Freiheit und Selbstentfaltung, schöpferisches wie destruktives Verhalten, individualistische wie solidarische Positionen. Digitale Öffentlichkeiten sind ein Motor sowohl für gesellschaftliche Emanzipation als auch für neue Problemlagen und Herausforderungen. Sie katalysieren die Krisen etablierter gesellschaftlicher Institutionen und erodieren existierende Ordnungsprinzipien. Zugleich entfalten sie Relevanz und Potenziale oftmals erst durch ihre Verschränkung mit etablierten journalistischen Verbreitungswegen und bereits existierenden Diskursarenen. Es verwundert daher kaum, dass digitale Öffentlichkeiten im frühen 21. Jahrhundert mehr und mehr zum Kristallisationspunkt des Politischen avancieren. Vor allem die großen Sozialen Netzwerke fungieren zusehends als relevante Quellen und Resonanzräume für politischen Unmut verschiedenster Couleur, welcher sich ebenso plötzlich Bahn bricht, wie er unversehens wieder verschwindet.

Protest und Bewegung im Netz

Von der Ausweitung digitaler Öffentlichkeiten, der Öffnung neuer Zugänge zur medialen Aufmerksamkeitsökonomie und dem partiellen Autoritätsverfall etablierter Institutionen und Akteure durch die Internetkultur profitieren Protest und Bewegungen in besonderem Maße. Dies gilt nicht nur für neue, oftmals besonders onlineaffine oder konkret netzpolitisch fokussierte Bewegungen – wie die Protestbewegungen gegen TTIP und ACTA oder die Piratenpartei – die sich vornehmlich in beziehungsweise aus der digitalen Kultur heraus

entwickelt haben. Auch längst etablierte kollektive Akteure wie die Anti-Atom-Bewegung, die feministische oder die Friedensbewegung eignen sich die Technik und Kultur des Netzes sukzessive an, nutzen sie für ihre Anliegen und entwickeln sie weiter.

Hier wie dort eröffnet sich damit für Protest und Bewegung eine Reihe neuer oder zumindest veränderter Möglichkeiten: Über Webtools wie Text-Pads, Wikis, Foren und Mailinglisten arbeiten Aktivist_innen kollektiv und vernetzt an Ideen und Programmen, organisieren Aktionen und akquirieren Ressourcen. Über digitale Petitionen und Unterschriftenlisten, Plattformen oder Soziale-Netzwerkseiten artikulieren sie ihre Forderungen, lancieren Kampagnen und sammeln neue Unterstützer_innen. Social Media wird daher als Motor einer neuen Mitmachkultur diskutiert (vgl. Forschungsjournal Soziale Bewegungen Heft 2/2013). Überdies sind Aktivist_innen über digitale Kommunikationsmittel in der Lage, sich besser global, kurzfristig und (mittels Nutzung entsprechender Technologien) auch konspirativ zu vernetzen als je zuvor.

Die zahlreichen Potenziale digitaler Öffentlichkeiten für Protest und Bewegung werden in den letzten Jahren jedoch von verschiedenen Seiten herausgefordert. Während in der wissenschaftlichen Debatte zu recht die fortbestehende soziale Ungleichheit der Netznutzer_innen diskutiert sowie auf kulturelle Zugangshürden zu politischer Onlinekommunikation hingewiesen wird, hat sich innerhalb der Netzbewegung eine Debatte über Auswirkungen und Folgen digitaler Kommunikation entwickelt. Vor allem von netzfeministischer Seite aus wurde dabei auf die praktischen und lange übersehenen individuellen Belastungen des digitalen Aktivismus, wie beispielsweise antifeministische Shitstorms, hingewiesen.

Diese Kritik ist hochaktuell, befindet sich doch die Netzbewegung hierzulande nach einer Phase des rasanten Wachstums und punktueller politischer Erfolge in den Jahren 2009 bis 2011 längst in einer posteuphorischen Phase. Diese zeichnet sich dadurch aus, dass

die organisatorische Entwicklung stagniert, Inhalte durch etablierte politische Akteure übernommen oder gar „enteignet“ werden und Aktivist_innen demobilisiert werden. Entnervt, herausgefordert und überfordert werfen viele Beteiligte politisch das Handtuch. Derartige Entwicklungen bloß als Phase einer typischen bewegungspolitischen Entwicklungskurve oder als Kapitulation vor den profanen Mühen der Ebene zu sehen, griffe indes zu kurz. Schließlich verweisen die Beschreibungen aus Wissenschaft und Aktivismus auf systematische problematische Effekte von Aktivismus im Netz, die wir mit den hier versammelten Beiträgen aufgreifen und analysieren. Wir decken die sich hier stellenden Fragen nicht in ganzer Breite ab, sondern konzentrieren uns auf das Spannungsfeld zwischen der (vermeintlichen) Anonymität im Netz und der (notwendigen) Sichtbarkeit von Aktivist_innen.

Ambivalenzen der (digitalen) Sichtbarkeit

Eine Schlüsselkategorie für die Analyse und Verhandlung des individuellen Netzaktivismus liegt in der digitalen Sichtbarkeit. Diese ist nicht nur vielfach Voraussetzung für erfolgreiches politisches Handeln im Netz, sondern scheint als prägendes Moment gegenwärtiger Digitalkultur auch darüber hinaus hoch relevant. Durch ihre Sichtbarkeit werden Individuen im Netz auffindbar und kontaktfähig, damit fungiert sie als elementare Voraussetzung für agile Kommunikation und Vernetzung. Dies gilt insbesondere für politischen Aktivismus, der nicht bloß Botschaften transportieren, sondern oftmals auch offensiv-strategisch für diese und die dahinter stehenden politischen und moralischen Positionen eintreten will – und so dem Protest ein Gesicht zu verleihen versucht.

Während digitale Sichtbarkeit auf der einen Seite die Möglichkeiten für politische Artikulationen erweitert, stellt sie auf der anderen Seite eine besondere Belastung für die involvierten Aktivist_innen dar. Wer sichtbar ist, ist im Netz nicht nur (in Form von Nutzer_innen-Accounts in der Regel permanent) adressierbar, sondern auch angreifbar. Gelöst

von analogen räumlichen Zusammenhängen werden Aktivist_innen auf diese Weise allzu leicht und oft zur Zielscheibe von digitalem Mobbing, gezielten Nachstellungen und Shitstorms, die sich bis zu Vergewaltigungs- und Morddrohungen steigern können.

Derartiges gehört längst zur Standarderfahrung vieler digitaler Aktivist_innen. Allerdings werden diese Auswüchse in den kommunikativ weithin individuell strukturierten digitalen Räumen von nicht selten nur lose organisierten User_innen zumeist individuell verhandelt. Auch wenn dieses Problem viele Aktivist_innen betrifft, wird es oftmals nicht als kollektives, sondern als individuelles Problem des/der jeweiligen Aktivist_in behandelt. Die Folgen können persönliche Überforderung, resignierter Rückzug oder gar Burnout sein. Während sich kollektive Abwehrmaßnahmen, kulturelle Prinzipien und Regelungsmechanismen nur langsam entwickeln, können derartig individualisierte Prozesse die Kreisläufe der Ressourcenakquise von Bewegungen empfindlich stören.

Überwachung und Repression

Aus der digitalen Sichtbarkeit entstehen für Aktivismus weitere Herausforderungen. Spätestens seit den Snowden-Leaks ist eine Überwachungsszenarie offenbar geworden, die den einst verschwörungstheoretisch anmutenden Spekulationen der Hackerszene munter die Stirn bieten kann. Während die Überwachungsaktivitäten durch kommerzielle Plattformanbieter wie beispielsweise Facebook oder Google bekannt sind, politisch jedoch weithin unbeantwortet bleiben, rücken die Gefahren einer systematischen staatlichen Überwachung zurück ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Denn durch sie wird nicht nur die grundsätzliche Fragilität der zum Leitmotiv erhobenen Freiheit digitaler Kommunikation deutlich, sondern es werden auch ganz konkrete politische Bedrohungen offenbar: Aktivist_innen und Bewegungen werden für staatliche Organe, die digitale Kommunikation nahezu vollständig überwachen und diese zu informationsgesättigten Profilen vernetzen

können, umfassend sichtbar.

Dies konterkariert nicht nur das Ideal einer informationellen Selbstbestimmung, sondern eröffnet auch Tore für Schikane, Willkür und Repression durch staatliche Organe. In Deutschland rücken rechtsstaatliche Regulation und Kontrollen ins Zentrum der netzpolitischen Agenda. Andere Staatsformen weisen diesbezüglich einen weitaus repressiveren und in einigen Fällen sogar tödlichen Umgang auf. Die im März 2014 in der Türkei verhängte Sperre von Twitter, die Verfolgung von (Netz-)Aktivist_innen während des arabischen Frühlings 2011 oder die kontinuierlichen gegen Hacker_innen gerichteten Repressionen zur Aufrechterhaltung der chinesischen Internetzensur sind nur einige Beispiele für zahlreiche Einhegungsversuche, die von staatlicher Seite gegen die eruptiven Effekte digitaler Vernetzung in Anschlag gebracht werden. Eine bedrohliche Entwicklung zeichnet sich ebenfalls in gefestigten Demokratien ab, betrachtet man die Debatten um die Vorratsdatenspeicherung oder Fälle massiven Vorgehens gegen Hacker_innen, Filesharer oder Onlineaktivist_innen in den USA und Europa, wie sich an den Beispielen des Programmierers und Aktivisten Aaron Swartz oder den Ermittlungen gegen

das Blog netzpolitik.org wegen Landesverrat nachvollziehen lässt.¹

Die enorme Anfälligkeit digitaler Öffentlichkeiten für Überwachung, Kontrolle und Manipulation liegt damit längst offenbar. Die aktivistische Seite entwickelt auch hierzulande fortwährend habituelle und technische Antworten darauf. Hierzu zählen neben netzkulturell verbreiteten Praxen der Anonymisierung, beispielsweise von digitalen Profilen oder Kommentaren, vor allem technische Möglichkeiten zur Verschlüsselung, um die Kommunikation zwischen Akteuren oder die Identität von Aktivist_innen zu schützen. Doch die verschiedenen Formen des Selbst Datenschutzes konnten bisher nicht als kollektive Praxis etabliert werden – weder gegenüber staatlichen noch gegenüber privatwirtschaftlichen Akteur_innen.

Das Panorama des Themenschwerpunktes wurde auf der Tagung „Politisches Handeln in digitalen Öffentlichkeiten – Grassroots zwischen Autonomie, Aufschrei und Überwachung“ im November 2014 in Göttingen aufgespannt.² Hier wurden sowohl theoretische Grundlagen, praktische Formen und Effekte kollektiven politischen Handelns im Netz als auch die vielfach unbearbeiteten methodischen Herausforderungen debattiert, die das Feld



an die Forschung stellt. Fokussiert auf die Ambivalenzen von Sichtbarkeit und Anonymität sollen die angestoßenen Diskussionen im Themenschwerpunkt des vorliegenden Heftes weitergeführt, vertieft und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Ulrich Dolata und *Jan-Felix Schrape* stellen zunächst eine Systematisierung von unterschiedlichen kollektiven Formationen im Internet vor. Sie beschreiben, wie sich diese sowohl durch soziale Prozesse als auch durch technologische Eigenschaften digitaler Infrastrukturen entwickeln und stabilisieren. Dabei stellen sie den ermöglichenden Eigenschaften von digitaler Kommunikation und Vernetzung den Aspekt der Kontrolle gegenüber und weisen auf neue Formen der Observierung und Steuerung kollektiven Verhaltens hin, welche den Nutzer_innen des Webs oftmals nicht bewusst sind. Nach dieser überblickenden und allgemeinen Perspektive geht *Ricarda Drieke* in ihrem Beitrag auf ganz konkrete Herausforderungen des Online-Aktivismus ein. Am Fallbeispiel des Hashtags #aufschrei diskutiert sie in ihrem Beitrag Potenziale und Risiken des gegenwärtigen feministischen Online-Aktivismus. Dabei arbeitet sie heraus, wie Aktivismus in der Auseinandersetzung mit antagonistischen Positionen zwar von den öffentlichkeitsgenerierenden Funktionen Sozialer Netzwerke profitiert, jedoch zugleich mit der Entwicklung von Machtstrukturen, Ausschlüssen und Gegenreaktionen konfrontiert wird.

Während Aktivismus verschiedener Couleur sich durchaus ähnlichen Herausforderungen gegenüberstellt, variieren die theoretische Wahrnehmung von und der praktische Umgang mit digitaler Sichtbarkeit merklich. Eine klassische Antwort liefert das Paradigma der Privatsphäre, das informationelle Selbstbestimmung durch Datenschutz und Praktiken der Anonymisierung von Online-Kommunikation zu erhalten beziehungsweise zurückzugewinnen sucht. Mit der historischen Entwicklung dieser Position befasst sich *Kathrin Ganz*. Sie arbeitet heraus, wie sich der Diskurs über und der Umgang mit Privatsphäre und Überwachung verändert

haben und durch aktuelle Entwicklungen der digitalen Nutzer_innenkulturen sowie durch die Vertreter_innen des Post-Privacy-Diskurses herausgefordert werden. *Carsten Ochs* thematisiert konkrete Möglichkeiten, digitale Kommunikation vor Überwachung zu schützen. Er skizziert die Charakteristika und Potenziale des sogenannten Selbst Datenschutzes, der auf individueller Ebene informationelle Privatheit zu gewähren versucht, und analysiert Ursachen für dessen mangelnde Durchsetzung und Wirksamkeit.

Auch jenseits klassischer Datenschutz-Positionen offenbaren sich differente aktivistische und netzkulturelle Umgangsformen mit digitaler Sichtbarkeit. So analysiert *Magdalena Freudenschuß* die individuellen Herausforderungen für aktivistisches Handeln in digitalen Gesellschaften und legt dabei die eigene Verletzbarkeit als handlungsgebende Komponente zugrunde. Mit Blick auf netzinvolvierende Formen politischen Handelns sieht sie den Umgang mit Verletzbarkeit als paradoxe Dynamik zwischen Anonymisierung und Sichtbarmachung, die keine gegensätzlichen, sich ausschließenden Pole, sondern vielmehr ineinander verwobene Fluchtlinien darstellen. Einen ebenso unerwarteten wie differenzierten Umgang mit den Herausforderungen der Sichtbarkeit finden wir in Selfie-Protesten. *Miriam Grohmann*, *Layla Kamil Abdulsalam* und *Eva L. Wyss* analysieren diese noch recht junge Form der Protestkommunikation, die seit den Occupy-Protesten 2011 an Popularität und Verbreitung gewonnen hat. Vor allem im Kontext körperpolitischer Diskurse und Kampagnen haben sich hier Formen einer gleichzeitigen offensiven Personalisierung als auch Anonymisierung herausgebildet.

Was diese verschiedenen Herausforderungen digitaler Sichtbarkeit für die empirische Sozialforschung bedeuten, diskutiert *Ina Alber*. Aus der Perspektive von Forscher_innen skizziert sie die praktischen Grenzen von etablierten Anonymisierungsstrategien für empirische Forschungsergebnisse im Zeitalter digitaler Sichtbarkeit. Dabei flankiert sie theoretische

Überlegungen mit konkreten Praxisbeispielen und schlägt mögliche zukünftige Umgangsweisen vor. Ebenfalls fortgesetzt wird der bereits auf der Tagung begonnene Austausch von Wissenschaft und Aktivismus. In einem Sammelinterview werden fünf Aktivist_innen aus verschiedenen Onlinekontexten – *Volker und Stefan, Antje Schrupp, Stephan Urbach und yetzt* – zu ihrer Einschätzung von und ihrem Umgang mit den Ambivalenzen von Sichtbarkeit und Anonymität befragt. Dabei werden sowohl technische als auch kulturelle Strategien für den Umgang mit diesen Ambivalenzen vorgestellt und vor vernachlässigten Gefahren digitaler Sichtbarkeit gewarnt.

In der Literaturreihe wird der Themenschwerpunkt gleich mehrfach aufgegriffen. Zum einen gibt es eine Sammelrezension zu Edward Snowden und dem NSA-Skandal. Außerdem wird das Buch des ehemaligen Datenschutzbeauftragten Peter Schaar besprochen, der das Für und Wider der digitalen Gesellschaft diskutiert.

Im Pulsschlag analysiert *Anna Cavazzini* die Verhandlungen um das TTIP-Handelsabkommen zwischen der EU und den USA. Nach einem Überblick über die handelspolitischen Rahmenbedingungen seit dem Scheitern der Doha-Runde der WTO werden die Argumente für und wider TTIP unter die Lupe genommen und der Protest gegen das Handelsabkommen beleuchtet. *Simon Teune* und *Peter Ullrich* analysieren in ihrem Beitrag die Vorteile und die Grenzen von Demonstrationsbefragungen als Forschungsmethode. Am Beispiel der Dresdener Pegida-Demonstrationen, die von drei unterschiedlichen Forscher_innenteams untersucht wurden, vergleichen sie die angewendeten Methoden und beleuchten die jeweiligen Vor- und Nachteile. Auf die Situation von Nachwuchswissenschaftler_innen in Deutschland unter den Rahmenbedingungen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes machen *Nina Amelung, Eva-Christina Edinger, Maria Keil, Jan-Christoph Rogge, Moritz Sommer, Peter Ullrich* und *Tina Weber* aufmerksam. Sie fordern eine verstärkte Aufmerksamkeit für

die Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses und des Mittelbaus an Universitäten und eine Vertretung in den jeweiligen Fachgesellschaften. Erste Erfolge können sie innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) vermelden. Abschließend berichtet *Sara Madjlessi-Roudi* von einer Tagung zur politischen Wirkung von zivilgesellschaftlicher Arbeit in Subsahara-Afrika. Obwohl NGOs und andere zivilgesellschaftliche Organisationen in den Ländern Subsahara-Afrikas oftmals stark unter Druck stehen, sind soziale Bewegungen, politische Lobbygruppen, Gewerkschaften, religiöse und entwicklungspolitische Organisationen zu diskursmächtigen politischen Kräften in verschiedenen Ländern des Kontinents geworden.

Jana Ballenthien (Göttingen), *Alexander Hensel* (Göttingen), *Christoph Hoeft* (Göttingen), *Maren Ulbrich* (München) (Gastherausgeber_innen)

Markus Rohde (Siegen), *Jan Rohwerder* (Aachen), *Karin Ulrich* (Mannheim)

Anmerkungen

- ¹ Aaron Swartz war ein US-amerikanischer Programmierer und Internetaktivist, der sich im Jahr 2013 das Leben nahm, nachdem gegen ihn wegen illegalen Herunterladens wissenschaftlicher Artikel aus einer geschützten Datenbank Anklage erhoben wurde. Für den Fall einer Verurteilung hätten ihm bis zu 35 Jahre Haft und eine hohe Geldstrafe gedroht.
- ² Die Tagung wurden von der Hans-Böckler- und der Otto-Brenner-Stiftung sowie dem Göttinger Universitätsbund gefördert und von HBS-Promotionsstipendiatinnen und Mitarbeitern des Göttinger Instituts für Demokratieforschung organisiert und durchgeführt. Weitere Informationen zum Programm sowie Audiomitschnitte der meisten Vorträge finden sich unter: www.digitale-oeffentlichkeiten.de [16.07.2015].